

DGB-Bundeskongress 2010

## Gegenlenken in der Krise

„Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität“ lautet das Motto, unter dem sich vom 16. bis zum 20. Mai 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften in Berlin zum „Parlament der Arbeit“, dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress (OBK), treffen. Sie werden nicht nur den Geschäftsführenden Bundesvorstand neu wählen (einblick 02/10), sondern auch die Weichen für die politische Arbeit des DGB für die kommenden vier Jahre stellen.

Am 15. Februar endete die Frist, bis zu der die laut Satzung berechtigten Gremien Anträge für den OBK einreichen konnten. Insgesamt liegen nun 154 Anträge vor. 21 dieser Anträge stammen vom DGB-Bundesvorstand, ebenfalls 21 haben die acht Mitgliedsgewerkschaften eingereicht. 72 Anträge wurden in den letzten Monaten auf den DGB-Bezirkskonferenzen beschlossen. 10 bringt der DGB-Bundesfrauenausschuss ein und 30 der DGB-Bundesjugendausschuss.

Viel Raum wird auf dem OBK vor allem die Debatte des gesellschaftspolitischen Leitetrags einnehmen, der vom DGB-Bundesvorstand beschlossen wurde. Unter dem Titel

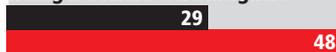
### Immer weniger soziale Gerechtigkeit

„Was meinen Sie, wie es in drei, vier Jahren sein wird: Wird es dann in Deutschland mehr soziale Gerechtigkeit geben als bisher oder weniger, oder wird sich nichts ändern?“ Antworten im Rahmen von repräsentativen Befragungen der über 18-Jährigen in Deutschland (in Prozent)

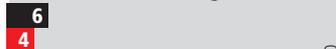
■ 2007 ■ 2010

In drei, vier Jahren wird es in Deutschland geben ...

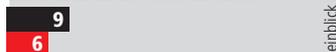
weniger soziale Gerechtigkeit



mehr soziale Gerechtigkeit



wird sich nicht viel ändern



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10008 (2007), 10049 (2010)

© DGB einblick 03/10

„Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden“ fasst er die Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften zur Überwindung der Systemkrise des neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftsmodells zusammen. Ziel ist es, einen breiten gesellschaftlichen Diskurs darüber zu erreichen, wie eine zukunftsfähige und nachhaltige Gesellschaft

Viele BundesbürgerInnen sind überzeugt, dass soziale Gerechtigkeit in Deutschland immer mehr abnimmt. Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai werden die Delegierten auch darüber diskutieren, welche politischen Weichenstellungen erforderlich sind, um soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Fortschritt künftig sicherzustellen.

und Arbeitswelt aussehen soll und welche Rolle darin den Gewerkschaften und ihrem Bund zukommt. Die DGB-Gewerkschaften wollen diesen Diskurs transparent und beteiligungsorientiert führen.

Die Diskussion darüber, wie Existenz sichernde Löhne und soziale Standards gesichert und Lohn- und Sozialdumping verhindert werden können, wird ebenfalls eine große Rolle auf dem OBK spielen. Sicher ist bereits jetzt, dass die DGB-Gewerkschaften ihre beim Kongress 2006 beschlossene Forderung nach einem Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro anpassen werden. Der DGB-Bundesvorstand schlägt in seinem OBK-Antrag eine Untergrenze von 8,50 Euro vor. Weitere Anträge des Bundesvorstandes beschäftigen sich u.a. mit den Themen Gute Arbeit, Europa, Bildung, sozialer Sicherheit, Steuerpolitik und einer nachhaltigen Energieversorgung.

Ende März tagt die Antragsberatungskommission, der Mitglieder aus allen DGB-Gewerkschaften angehören, um über ihre Empfehlungen zu den Anträgen zu beraten. Der DGB-Infoservice einblick wird in seinen kommenden Ausgaben die inhaltlichen Schwerpunkte der OBK-Anträge vorstellen. ●

## inhalt

Seite 3

**Der Bund wird erneuert**  
Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2010 steht eine neue DGB-Satzung zur Abstimmung. einblick stellt die Details des Satzungsantrags vor

Seite 5

**Im Hamsterrad**  
Unzählige Studien belegen – die steigende Arbeitsbelastung setzt den Beschäftigten zu. Doch wie können gute Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden?

Seite 7

**Vorrang für Beschäftigung**  
Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber beschreibt, was zu tun ist, um Entlassungen in der Krise zu vermeiden



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/](http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/)  
Internetseite des Deutschen Bundestags mit einer zeitnahen Auflistung aller Parteipenden

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
Stellungnahme des DGB zur Konsultation der EU-Kommission über die zukünftige EU-Strategie bis 2020

## plusminusBERLIN

**+** **Monika Lazar (Grüne)** will eine klare Positionierung gegen Rechtsextremismus. Die neuen Bundesprogramme gegen „jeden Extremismus“ seien realitätsfern, verharmlosten die Gefahr von Neonazis und kriminalisierten zivilgesellschaftliche Anti-Nazi-Kampagnen.

**-** **Günter Krings (CDU)** zeigt sich anlässlich der Entscheidung des EU-Parlamentes gegen das SWIFT-Abkommen mit den USA demokratieverdrossen: „Das war keine Sternstunde des Europaparlamentes.“ Er will neue Verhandlungen, die diesmal „zum Erfolg geführt werden müssen“.

**Kopfpauschale**

## Finanzpolitisches Harakiri

Ungeachtet der breiten Kritik in der Öffentlichkeit hält Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler weiter an seinem Plan fest, eine Kopfpauschale in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einzuführen. Im März tritt erstmals eine Regierungskommission zusammen, um Details zu erarbeiten. In einer eigenen Reformkommission für ein „solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ will der DGB gemeinsam mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, WissenschaftlerInnen und weiteren gesellschaftlichen Organisationen bis zum Herbst 2010 eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung entwickeln (*einblick 02/10*). Die konstituierende Sitzung der Kommission findet am 10. März in Berlin statt. Daneben bereitet der DGB auch ein breites gesellschaftliches Aktionsbündnis gegen die Kopfpauschale vor.

Ein Systemwechsel hin zur einkommensunabhängigen Kopfpauschale, die einen „Sozialausgleich“ von 20 bis 35 Milliarden aus Steu-

ermitteln erfordert, sei „finanzpolitisches Harakiri“, urteilt Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Gesundheitspolitik zuständig. Versicherte mit geringen Einkommen würden zu bedürftigen Bittstellern gemacht, weil sie die Kopfpauschale nicht zahlen könnten. Statt den seit Jahrzehnten bewährten Solidarausgleich in der GKV weiterzuentwickeln, würde die „Kopfpauschale zu einer Art Hartz IV in der Krankenversicherung führen“. Zudem sei der „Sozialausgleich“ nicht finanzierbar.

Die Kritik der Gewerkschaften wird durch Berechnungen des Bundesfinanzministeriums gestützt. Der Sozialausgleich ließe sich nur durch erhebliche Steuererhöhungen finanzieren, heißt es in einer Antwort des Ministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen. Um das bis zu 35 Milliarden teure Vorhaben zu verwirklichen, müsse der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer von aktuell 45 auf 73 oder gar 100 Prozent erhöht werden.

**Finanztransaktionssteuer**

## Kampagnenfilm online

Die Kampagne „Steuer gegen Armut“ hat auf der Berlinale einen Kurzfilm mit den Schauspielern Heike Makatsch und Jan Josef Liefers vorgestellt, um für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu werben. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki begrüßte den großen öffentlichen Zuspruch zur Aktion. „Wir freuen uns, dass die Kampagne, die auch vom DGB unterstützt wird, so viel Dynamik entfaltet.“ Ferner betonte Matecki die Vorteile einer Steuer auf Finanzprodukte: „Kurzfristige Spekulationen würden eingedämmt, Finanzströme transparent.“ Zudem spüle sie dau-

erhaft dringend benötigtes Geld in die öffentlichen Kassen. In dem Film spielen Makatsch und Liefers eine Interviewszene zwischen einer Journalistin und einem Banker – mit überraschendem Ausgang. • [www.steuer-gegen-armut.de](http://www.steuer-gegen-armut.de)

**Energiepolitik**

## DGB unterstützt Klimaziel

Die für Energie- und Umweltpolitik zuständigen Vorstandsmitglieder des DGB und der Mitglieds-gewerkschaften haben sich mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) auf eine Mitarbeit am energiepolitischen Gesamtkonzept der Bundesregierung verständigt. DGB-Vorstandsmitglied

Mit der DGB-Reformkommission wollen die Gewerkschaften „eine transparente, öffentliche Debatte“ über die Zukunft des Gesundheitssystems erreichen. „Ich halte es für falsch, dass die Bundesregierung mit spitzer Feder einen Systemwechsel formuliert und nun auch noch hinter verschlossenen Türen verhandeln will, wie das technisch umgesetzt werden kann“, sagt Buntenbach. Der DGB setze diesem Vorgehen mit der eigenen Kommission gesellschaftliche Kraft und Kompetenz entgegen.

Neben WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen haben bereits VertreterInnen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände – etwa Diakonisches Werk, AWO, Paritätischer, SoVD, VdK oder Volkssolidarität – ihre Teilnahme zugesagt. Auch die Verbraucherzentrale Bundesverband, der Deutsche Frauenrat, der Deutsche Jugendring und Spitzenvertreter der Gesetzlichen Krankenversicherung machen mit. Um die Debatten in den Parteien aufzunehmen, habe der DGB im Übrigen auch die Arbeitnehmerorganisationen der Parteien in die Kommission eingeladen, so Buntenbach. •

Dietmar Hexel betonte: „Wir unterstützen ausdrücklich das nationale Klimaabkommen der Bundesregierung.“ Demnach sollen bis 2020 die Treibhausgase um 40 Prozent reduziert werden. Für die Gewerkschaften stehe fest, dass im sozial-ökologischen Umbau der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven für die Zukunft liegen, so Hexel. Um dies zu erreichen, müsste die Energieeffizienz gesteigert und erneuerbare Energien ausgebaut werden. Kernenergie sei hingegen keine Brückentechnologie, sondern ein Auslaufmodell, betonte das DGB-Vorstandsmitglied. Energiekonzerne stünden in der Pflicht, stärker in den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu investieren. •

**Sozialgerichte**

## Präsidentin gegen Fusion

Die Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG), Marion Eckertz-Höfer, hat sich vehement gegen die Pläne der Bundesregierung ausgesprochen, die Sozialgerichte mit den Verwaltungsgerichten zusammenzulegen. Sie warne davor, die bewährte Spezialisierung des gegliederten Justizsystems, „um die wir im Ausland heftig beneidet werden, tagespolitischen Forderungen zu opfern“.

Zuletzt wurde die Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichte 2008 wieder intensiver diskutiert, als die Föderalismuskommission II das Thema auf ihre Tagesordnung setzte. Der DGB aktivierte daraufhin ein Netzwerk aus zwölf Verbänden, darunter der Bund Deutscher Sozialrichter und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen, das sich für die Eigenständigkeit der Sozialgerichte einsetzte. Das gegliederte Justizsystem sei nicht nur traditionell bedingt, so das Netzwerk in einer gemeinsamen Stellungnahme. Die fachliche Spezialisierung der Richter sei notwendig, weil ihnen heute „hochspezialisierte Prozessvertreter“ gegenüberstünden. •

## in eigener Sache

einblick-Redakteur **Timm Steinborn**, 29, seit 2000 freies, seit 2006 festes Mitglied der einblick-Redaktion, tauscht ab März die Tastatur gegen den Kinderwagen und geht für ein halbes Jahr in Elternzeit. Verstärkt wird die Redaktion in dieser Zeit von **Haidy Damm**, 38, freie Journalistin. Das einblick-Team wünscht Timm Steinborn und seiner Familie alles Gute und heißt Haidy Damm herzlich in der Redaktion willkommen.

# GEWERKSCHAFTEN

DGB-Satzung und -Strukturreform

## Der Bund wird erneuert

Der DGB-Bundesvorstand hat sich einstimmig auf den Entwurf einer neuen DGB-Satzung geeinigt, der dem DGB-Bundeskongress im Mai zum Beschluss vorgelegt wird. Wesentlicher Bestandteil: die Stärkung des DGB in seiner Funktion als Bund der Gewerkschaften durch eine neue Organisationsstruktur – mit zwei hauptamtlichen Ebenen und einer ehrenamtlichen Satzungsebene in kreisfreien Städten und Landkreisen.

DGB und Gewerkschaften haben das vergangene Jahr genutzt, um intensiv auf verschiedenen Ebenen an einer neuen Struktur für den DGB zu arbeiten – mit Erfolg: Im Februar haben sich die Mitgliedsgewerkschaften im DGB-Bundesvorstand einstimmig auf einen Satzungsentwurf mit einer neuen Struktur für ihren Bund der Gewerkschaften verständigt.

Damit geht die Strukturreform in die entscheidende Runde, nachdem Ende 2008 der Startschuss für die Diskussionen gefallen war. Bereits damals waren sich die Gewerkschaften einig: Die Finanz- und Wirtschaftskrise setzt neue, schwierigere Rahmenbedingungen. Mehr denn je braucht es in der Krise starke Gewerkschaften und einen starken DGB. Die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften und des DGB suchten nach Wegen, den DGB und seine Strukturen langfristig zukunftsfest zu machen, und legten gemeinsame Eckpunkte für eine DGB-Strukturreform vor. Sie enthielten Vorschläge, wie der DGB in seiner Funktion als Bund der Gewerkschaften durch eine neue Organisationsstruktur gestärkt werden kann.

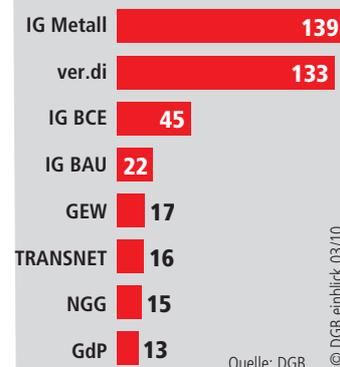
Die Eckpunkte sind in der Folge breit und intensiv diskutiert worden – in den Mitgliedsgewerkschaften ebenso, wie in den DGB-Bezirken. Wesentliches Ergebnis der Diskussionen sowie der Beratungen der Mitgliedsgewerkschaften: Die grundlegende Linie der Eckpunkte, die sich auch im Beschluss des DGB-Bundesvorstands zur neuen DGB-Satzung vom November 2009 widerspiegelte, wurde bestätigt.

Das heißt: Der DGB wird künftig auf zwei, statt bisher auf drei Ebe-

nen hauptamtlich vertreten sein: auf der Bundes-, sowie auf der Bezirksebene. Auf der Bundesebene verkleinert sich der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) laut Satzungsentwurf von fünf auf vier Mitglieder, beim Bundeskongress im Mai werden aber noch fünf GBV-Mitglieder gewählt (einblick 2/2010). Die bisher dritte Ebene, die Regionen, werden Teil der Bezirksverwaltungen. Aus der

### Parlament der Arbeit

Zahl der Delegierten nach Gewerkschaftszugehörigkeit auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress 2010



Funktion der Regionsvorsitzenden werden RegionsgeschäftsführerInnen, die nicht mehr von einer Regionsdelegiertenversammlung gewählt werden, sondern von den Bezirkskonferenzen.

Eine ihrer wichtigen Aufgaben laut Satzungsentwurf: die Arbeit der neuen, ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände zu koordinieren und zu unterstützen. In möglichst vielen der rund 430 kreisfreien Städte und Landkreise der Bundesrepublik soll ein solcher DGB-Kreis- oder Stadtverband entstehen. Hierdurch wird der politische Einfluss von DGB und Gewerkschaften auf Kommunen und Kreise deutlich

gestärkt und der DGB erhält auf lokaler Ebene ein Gesicht. Mit der verbesserten Präsenz in der Fläche soll der DGB die Arbeit der Mitgliedsgewerkschaften vor Ort effektiver als bisher unterstützen können. Dafür erhält jeder Bezirk für die Kreis- und Stadtverbände Haushaltsmittel durch den Bund.

Entgegen dem ersten Satzungsentwurf lässt der jetzt beschlossene Entwurf die genaue Ausgestaltung

**400 Delegierte der Mitgliedsgewerkschaften vertreten auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress, dem Parlament der Arbeit, im Mai 2010 über sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Rund zwei Drittel der Delegierten kommen aus der IG Metall und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.**

der Kreis- und Stadtverbände weitgehend offen und eröffnet damit Gestaltungsspielräume für individuelle Lösungen auf Bezirksebene. Sinnvoll: Denn die kommunalen Strukturen und Verfassungen sind von Bundesland zu Bundesland sehr verschieden.

Was genau „Rechte und Aufgaben“ der neuen Gliederungen werden, wird laut aktuellem Satzungsentwurf der DGB-Bundesvorstand noch in einer Richtlinie regeln. Die endgültige Entscheidung über die Satzung liegt beim DGB-Bundeskongress und den dort vertretenen 400 Delegierten der acht Mitgliedsgewerkschaften. ●

## Frauen und Jugend dabei

Der jetzt vom DGB-Bundesvorstand einstimmig beschlossene Satzungsantrag an den Bundeskongress sieht Stimmrecht für VertreterInnen der DGB-Frauen und der DGB-Jugend in den DGB-Bezirksvorständen vor. Auf der Ebene der DGB-Kreis- und Stadtverbände wird diese Frage in der Richtlinie geregelt werden, die der DGB-Bundesvorstand über die Rechte und Aufgaben dieser neuen ehrenamtlichen Organisationsebene aufstellt.

In einem ersten Satzungsentwurf war für Frauen- und JugendvertreterInnen in den Bezirksvorständen nur ein Beratungsrecht vorgesehen (einblick 1/2010).

## Solifonds neu geregelt

Der Beitrag der Mitgliedsgewerkschaften an ihren Bund bleibt unverändert bei zwölf Prozent ihres Beitragsaufkommens. Neu geregelt wird im Satzungsentwurf aber der Solidaritäts- und Aktionsfonds, aus dem Solidaritätsmaßnahmen und „besondere gewerkschaftliche Aktionen“ finanziert werden. Die Mitgliedsgewerkschaften zahlen in den bisherigen Fonds gesondert ein. Künftig soll der neue Fonds aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert werden.

## Bildungsarbeit

### DGB-Region legt nach

Die DGB-Region Emscher-Lippe ist seit Anfang 2010 maßgeblich an der Umsetzung des von ihr initiierten regionalen „Masterplans Erziehung, Bildung, Arbeit“ beteiligt. Die von DGB-Region und DGB-Bildungswerk NRW dafür gegründete gemeinnützige GmbH EBA organisiert die Umsetzung des mit über 600 000 Euro von der Landesregierung bezuschussten Vorhabens.

Kooperationspartner sind die örtliche Handwerkskammer und die gewerkschaftsnahe Gesellschaft MPQ. Der siebenköpfigen Lenkungsgruppe gehören neben dem DGB-Regionsvorsitzenden Josef Hülsdünker die Oberbürgermeister und der Landrat der Region an. Das Projekt mit einer Laufzeit von zwei Jahren koordiniert und beeinflusst alle öffentlichen Bildungsvorhaben in der Emscher-Lippe-Region – von der frühkindlichen Erziehung in Kitas bis zu Berufskollegs und Weiterbildungsträgern.

Projekte der Bildungsarbeit haben Tradition in der DGB-Region. Seit einem Beschluss der Regions-Delegiertenkonferenz 2001 ist der DGB vor Ort systematisch in der Ausbildungs- und Bildungspolitik aktiv. So wurde bereits vor Jahren das Projekt „Arbeiten und Lernen“ gemeinsam mit dem DGB-Bildungswerk NRW gestartet. Das Projekt knüpfte Netzwerke zum „Übergangsmanagement“ von der Schule in den Beruf. Für das Folgeprojekt „Ausbildungsreife und Berufsorientierung“, das an 20 Schulen der Region das Übergangsmanagement verfeinerte, lief 2008 die öffentliche Förderung aus – selbst die Arbeitgebervertreter im Berufsbildungsausschuss der örtlichen IHK stimmten daraufhin bei einer Protestresolution mit.

DGB-Regionsvorsitzender Josef Hülsdünker setzt bei seinen Vorhaben in der Region auf starke Projektpartner. „Für die Umsetzung unserer Projektideen brauchen wir handlungsfähige Partner – wie das DGB-Bildungswerk NRW“, so Hülsdünker. •

[www.dgb-emscher-lippe.de](http://www.dgb-emscher-lippe.de)

## Buch

### Politische Bildung ist möglich

Politische Bildungsarbeit befindet sich seit Jahren auf dem Rückzug – aber nicht bei den Gewerkschaften. Jährlich mehr als 200 000 TeilnehmerInnen der gewerkschaftlichen Bildungsseminare zeigen: Politische Bildungsarbeit ist nach wie vor angesagt. In dem gerade im Schüren Verlag erschienenen Band „Politische Erwachsenenbildung am Beispiel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit“ stellen die drei Autoren nicht nur die didaktischen und methodischen Grundlagen der gewerkschaftlichen Bildung vor, sie erläutern auch den besonderen Charakter gewerkschaftlicher

Bildungsarbeit. Seit der Gründung von Gewerkschaften hat sich am Grundverständnis wenig geändert: Aus Sicht der Gewerkschaften soll politische Bildung dazu beitragen, dass Menschen ihr soziales Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Darüber hinaus bietet das Buch zahlreiche praktische Hinweise für alle, die sich in der politischen Erwachsenenbildung engagieren. *Martin Allespach, Hilbert Meyer, Lothar Wetzel: Politische Erwachsenenbildung am Beispiel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Schüren Verlag, Marburg 2009, 223 Seiten, 19,90 Euro.* •

## DGB-Broschüre

### Steuern für Zucker

Der Finanzmarkt muss an die Kette, da sind sich viele gesellschaftliche Akteure sicher. Am besten mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer. In Sonntagsreden möchte das auch Bundeskanzlerin Merkel, doch politische Bewegung ist nicht zu er-

Zudem wird mit vielen diffusen Argumenten gegen die Steuer abgerechnet und ein Überblick über die verschiedenen möglichen Besteuerungsvarianten gegeben. •

[www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)

## Otto-Brenner-Stiftung

### Berlinale-Film gefördert

Der von der Otto-Brenner-Stiftung unterstützte Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“ hat es in das Programm der 60. Berlinale geschafft. In der Dokumentation setzt Regisseurin Ilona Ziok dem ehemaligen Staatsanwalt und Antifaschisten Fritz Bauer ein filmisches Denkmal. Dieser war 1935 vor den Nazis geflohen und gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den führenden Aufklärern der Naziverbrechen. So erstritt Bauer 1952 in einem Prozess die Rehabilitation der hingerichteten Widerstandskämpfer und war maßgeblicher Initiator der Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Der Film erzählt von seinem Kampf für Gerechtigkeit, zeigt Archivmaterial und lässt Wegbegleiter zu Wort kommen. •

[www.einblick.dgb.de/links](http://www.einblick.dgb.de/links)

## interregio

••• Die **DGB-Region Bremen-Elbe-Weser** bietet in Kooperation mit den Gewerkschaften IG Metall, ver.di, NGG, GEW und dem gewerkschaftlichen Bildungsträger Arbeit und Leben e.V. prekär Beschäftigten Rat und Hilfe. Im **Beratungsbüro Prekäre Beschäftigung** in Bremen können sich LeiharbeiterInnen oder Menschen in geringfügig entlohnter Arbeit über ihre Rechte und Pflichten beraten lassen. Auch im Angebot: Tipps und Hilfe zu Tarifen, Praktika und Auseinandersetzungen ums Arbeitsverhältnis. Darüber hinaus bietet die Einrichtung Informationen im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie für EU-BürgerInnen, die in Bremen arbeiten.

[www.beratung-prekaere-beschaeftigung.de](http://www.beratung-prekaere-beschaeftigung.de)

••• Die **DGB-Region Ostachsen** vergibt in Zusammenarbeit mit dem

„Netzwerk Canaletto – Betriebs- und Personalräte stark im Netz“ den **1. Ostsächsischen Mitbestimmungspreis**. Der Preis soll das Engagement von Betriebs- und Personalräten in der Öffentlichkeit bekannter machen und gewerkschaftliche Bildungsarbeit für Betriebsräte bewerben. Ausgezeichnet werden sollen Betriebs- und Personalräte aus Unternehmen und Verwaltungen, in denen die Mitbestimmung besonders gut funktioniert, sowie Projekte, die erfolgreich Krisen bewältigt haben und zur Erhaltung und Schaffung von vollwertigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen beigetragen haben. Bewerbungsschluss für Unternehmen (Betriebs- und Personalräte, Geschäftsleitung), Projekte und Initiativen ist der 15. März.

[www.dgb-ostachsen.de](http://www.dgb-ostachsen.de)



kennen. Denn, so lautet ein Gegenargument, die Steuer mache nur im internationalen Rahmen Sinn. Ein Scheinargument, wie eine aktuelle Broschüre des DGB zum Thema belegt. Unter dem Titel „Aus der Krise lernen – Finanztransaktionen besteuern“ wird der Finanzmarkt mit seinen Produkten beschrieben.

### Schlaflos im Hamsterrad

Unzählige Studien belegen: Deutsche ArbeitnehmerInnen leiden unter einer stetig steigenden Arbeitsbelastung. Zuletzt hat ein Report der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) belegt, dass Schlafstörungen, verursacht durch beruflichen Stress, keine Seltenheit mehr sind. Doch was sind die Auswege aus dem Turbo-Hamsterrad?

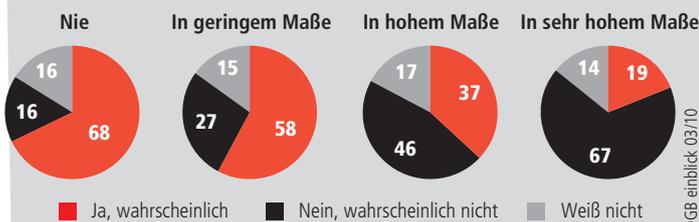
Egal, auf welcher Ebene man sich dem Thema nähert: Die Zahlen und Fakten sind eindeutig. Flexible Arbeitsprozesse, ständige Erreichbarkeit im Job über E-Mail, Handy und Telefon und in Krisenzeiten die Sorge um den Arbeitsplatz führen zu einer zunehmenden psychischen Belastung der Beschäftigten. Der Gesundheitsreport der DAK zeigt einmal mehr, welche Folgen dies

Belastungen am Arbeitsplatz, wie Zeitdruck, ständige Arbeitsunterbrechungen, Mobbing sowie die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem machen weitere 20 Prozent der Befragten Schichtarbeit und Arbeiten nach 20 Uhr für Schlafstörungen verantwortlich. ForscherInnen der Deutschen Gesellschaft für Schlaforschung und Schlafmedizin (DGSM)

#### Unter Stress Rente unerreichbar

Bewertung von Beschäftigten, ob sie unter den aktuellen Arbeitsbedingungen bis zum regulären Renteneintrittsalter durchhalten (in Prozent)

Fühlen Sie Arbeitshetze/Zeitdruck?



DGB-Index Gute Arbeit 2009

**Permanente Arbeit unter Zeitdruck wirkt sich auch negativ auf den Renteneinstieg aus. Der DGB-Index Gute Arbeit 2009 zeigt, dass Beschäftigte, die ihre Arbeit immer unter besonderem Zeitdruck verrichten, nicht davon ausgehen, bis zum Rentenalter arbeiten zu können.**

hat. Demnach geben 28 Prozent der Erwerbstätigen im Alter zwischen 35 und 65 Jahren an, dass sie in den letzten drei Monaten Schlafprobleme wie Ein- und Durchschlafstörungen hatten. Bei mehr als jeder/m Vierten traten diese sogar häufiger auf. Zieht man diese Gruppen zusammen, dann berichtet jede/r Zweite davon, Probleme beim Ein- oder Durchschlafen zu haben, so der DAK-Bericht. Als stärkster Störfaktor für den Schlaf weist der Report mit 40 Prozent die Kategorie „besonderer Stress und Belastungen“ aus. Hierzu zählen einschneidende Lebenskrisen wie Todesfälle oder Krankheiten aber vor allem auch psychische

bestätigen: Psychischer Stress am Arbeitsplatz sei ein wichtiger Faktor bei der Genese von Insomnie, also chronischer Schlaflosigkeit, der den Einfluss von physischem Stress bei weitem überwiege.

Klaus Pickshaus, Leiter des Bereichs Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung beim IG Metall-Vorstand, verwundert diese Zahlen nicht. „Seit Jahren gibt es einen Trend, dass die psychischen Belastungen in der Arbeitswelt steigen. Vor allem der zunehmende Leistungsdruck sowie die Ausweitung der Arbeitszeit stehen als Ursache an erster Stelle.“ Zudem weist Pickshaus auf den zusätzlichen Druck hin, den die Wirtschafts-

und Finanzkrise in die Arbeitswelt getragen hat. Die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz setzt vielen Beschäftigten massiv zu. Dabei sei oftmals auffällig, dass durch Kurzarbeit zwar die Arbeitszeit gesunken ist, um Arbeitsplätze zu sichern, andererseits ist das Arbeitspensum für manche aber gleich geblieben. Pickshaus weiß um den enormen Druck: Auf Veranstaltungen zur Gesundheit sei die psychische Dimension mittlerweile Hauptthema, erklärt Pickshaus. „Für die Leute steht fest, dass ihre psychische Verfassung elementare Grundbedingung ist, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten.“ Den Zusammenhang zwischen Jobsicherheit und gesunden Bedingungen am Arbeitsplatz verdeutlichte auch das Votum von 480 000 TeilnehmerInnen der IG Metall-Mitgliederbefragung im vergangenen Jahr. Mit fast 90 Prozent wollen die Menschen vor allem einen sicheren Arbeitsplatz. 84 Prozent fordern zudem einen Arbeitsplatz, der nicht krank macht.

Doch welche Möglichkeiten gibt es, Sicherheit und Gesundheit zu vereinbaren? Pickshaus stellt klar, dass es in erster Linie wieder um die Themen Leistungsdruck und Arbeitszeit gehen muss. Die Beschäftigten hätten durch Kurzarbeit das Mehr an Freizeit als Stressausgleich durchaus zu schätzen gelernt. Darum mache es Sinn, die aktuelle Situation als „Einrastpunkt“ zu nutzen, um Arbeit gleichmäßiger auf mehr Beschäftigte zu verteilen, fordert Pickshaus. Dafür müsse aber auch bei der Arbeitsorganisation angesetzt werden. Zu viele Stellen seien in den vergangenen Jahren gestrichen worden. Um die Folgen zu verdeutlichen, müssten Instrumente etwa der IG Metall wie der Arbeitszeit-TÜV oder das StressBarometer stärker genutzt und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit verbreitet werden: Damit niemand das Gefühl hat, alleine im Hamsterrad zu sein. Für die Gewerkschaften steht fest: Gerade jetzt ist es Zeit für Gute Arbeit. ●

### Gute Arbeit jetzt

**Unter dem Motto Gute Arbeit setzen sich die Gewerkschaften für gute Bedingungen im Job ein. Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt seit 2007, wie die Beschäftigten in Deutschland ihre Arbeitsbedingungen bewerten.**

**Anhand von 15 Dimensionen wird die Zufriedenheit der ArbeitnehmerInnen zum Beispiel mit ihrem Einkommen oder der Arbeitsintensität ermittelt. Die Ergebnisse 2009: 12 Prozent haben gute Arbeit, 33 Prozent schlechte Arbeit und 55 Prozent mittelmäßige Arbeit.**

**Im Internet bieten die Einzelgewerkschaften weitere Info- und Prüfangebote. Mit dem Arbeitszeit-Check der IG Metall können Beschäftigte schnell nachprüfen, wie es um die Bedingungen in ihrem Betrieb bestellt ist. Unter [www.verdi-gutearbeit.de](http://www.verdi-gutearbeit.de) informiert verdi umfassend zum Thema.**

Hintergrund und Links zum Thema unter [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## kurz & bündig



**TRANSNET und GDBA haben die Bahn AG auf-**

**gefordert, den Beschäftigten einen zusätzlichen Urlaubstag zu gewähren. Ihr persönlicher Einsatz im Winterdienst, am Gleis, in der Wartung und Instandhaltung sowie im Zug habe die Beeinträchtigungen des Zugverkehrs durch das Winterwetter begrenzt. Dies müsse honoriert werden.**



**Die IG BCE kritisiert die angekündigten Kürzungen in der**

**Solarenergie. Diese trafen die deutschen Photovoltaikmodul-Hersteller und -Zulieferer und bedrohten so tausende Arbeitsplätze. Bei der Verlagerung ins Ausland würde Photovoltaik unter schlechteren Sozial- und Umweltstandards produziert.**



**Die GEW fordert ein Bundesgesetz zur Regelung der Hochschul-**

**zulassung. Der Bund habe nach der Föderalismusreform die nötigen Kompetenzen und dürfe nicht länger zuschauen, wie die Hochschulen mit der dezentralen Steuerung überfordert seien. Das Zulassungschaos gehe ins fünfte Jahr und schrecke junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab.**



**ver.di kritisiert die Billigpreisstrategie im Einzelhandel. Das**

**durch die Discounter ausgelöste Preisdumping setze die ganze Lebensmittel-Branche unter Druck. Leidtragende sind neben den Beschäftigten der produzierenden Betriebe auch die Verbraucher wegen sinkender Qualität.**

## DGB-Kampagne

### Junge Betriebsräte gesucht

„Betriebsräte machen den Unterschied“ ist das Motto der DGB-Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 (einblick 22/09 und 01/10) vom 1. März bis zum 31. Mai. Gestartet werden soll die Kampagne am 9. März mit einer Pressekonferenz in Berlin, an der neben dem DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und der Autor Günter Wallraff teilnehmen. Ab 5. März werben Großflächenplakate

für die Wahl von Betriebsräten. Parallel werden auch Anzeigen in Tageszeitungen geschaltet. Auch in sozialen Internet-Netzwerken wie Facebook oder Xing soll die Kampagne präsent sein.

Die Homepage zur Kampagne [www.mitbestimmt.de](http://www.mitbestimmt.de) enthält neben Infos zu den Wahlen auch interaktive Elemente – so werden Beschäftigte aufgefordert, ihre eigene Einschätzung zum Wert von Betriebsräten abzugeben und den

Satz „Betriebsräte machen den Unterschied, weil ...“ zu ergänzen. Zudem werden im Rahmen der Kampagne die jüngsten Betriebsratsmitglieder in Deutschland gesucht. Sie sollen auf der Homepage vorgestellt werden.

Bereits jetzt beantwortet die Kampagnen-Hotline 0180-234 00 00 Fragen rund um die Betriebsratswahlen. Neben einem elektronischen Tool-Kit für Aktionen vor Ort soll es außerdem im April eine Aktionszeitung geben. •

## Appell

### Zukunft ohne Atomwaffen

Im Mai 2010 tritt die internationale Staatengemeinschaft zusammen, um über die Zukunft des Atomwaffen-sperrevertrages zu beraten. Mit Barack Obama hat die Atommacht USA einen Präsidenten, der eine Welt ohne Atomwaffen als Ziel seiner Politik benannt hat. Um die Staatengemeinschaft zu ermutigen, konkrete Schritte

in Richtung atomare Abrüstung zu beschließen, hat in Deutschland ein breites Bündnis den Appell „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!“ gestartet. Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören u.a. Vorsitzende und Vorstandsmitglieder von DGB und Gewerkschaften, darunter Frank Bsirske (ver.di), Helga Schwitzer und Hans-Jürgen Urban (IG Metall), Franz-Josef Möllenberg (NGG), Ulrich Thöne (GEW) sowie Annelie Buntenbach (DGB). •

[www.npt2010.de](http://www.npt2010.de)

## in eigener Sache

In der Rubrik „Personalien“ der letzten Ausgabe (einblick 2/2010) ist der Redaktion ein Fehler unterlaufen. Bei der Berechnung der prozentualen Wahlergebnisse der neuen DGB-Spitze in Baden-Württemberg haben wir eine falsche Zahl abgegebener gültiger Stimmen zugrunde gelegt. Der neue Bezirksvorsitzende **Nikolaus Landgraf**, 43, erhielt tatsächlich 83,8 Prozent, die stellvertretende Vorsitzende **Marion von Wartenberg**, 52, erhielt 84,4 Prozent der gültigen Stimmen.

## ? ... nachgefragt



Foto: privat

**Stefanie Hanke, 40, ist Vertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Dominikanischen Republik und Direktorin für Haiti. Zu ihren Aufgaben gehört, die Mittel aus der DGB-Spendenaktion für den Wiederaufbau des Zentrums für gewerkschaftliche organisierte Frauen an die Partner in Haiti weiterzuleiten (einblick 2/10). Hier ihre Einschätzung der aktuellen Lage in der Erdbebenregion.**

Zurzeit geht es darum, Hunderttausende Obdachlose mit Lebensmitteln und Unterkünften zu versorgen. Spätestens im März, wenn die ersten großen Regenfälle kommen, muss für viele Obdachlose eine neue Bleibe gefunden sein – wo ist noch unklar. Die medizinische Hilfe ist immer noch unzureichend. Durch das Beben sind unzählige Menschen arbeitslos geworden. Sie stehen vor dem Nichts, denn eine Arbeitslosenversicherung existiert nicht.

Zudem ist Haiti eines der korruptesten Länder der Welt – es ist zu befürchten, dass zahlreiche Hilfsgelder in den Taschen von Regierungsbeamten landen werden. Die Diskussionen um den Wiederaufbau laufen. Aber die staatlichen Strukturen waren bereits vor

dem Beben sehr schwach und kaum funktionsfähig. So gab es nicht einmal eine Baubehörde. Das Katasteramt ist zerstört. Damit sind Konflikte um Grundbesitz vorprogrammiert. Das Beben ist auch deshalb so verheerend gewesen, weil viele Häuser gebaut wurden, ohne irgendwelche Normen zu beachten. Unklar ist, ob es zukünftig eine Behörde geben wird, die die Einhaltung der Bauvorschriften kontrolliert. Dies alles sind ganz konkrete Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Wir machen uns auf jeden Fall auf einige Überraschungen gefasst.

**Spendenkonto:** Gewerkschaften helfen, SEB Düsseldorf, Kontonummer: 1 756 906 400, Bankleitzahl: 300 101 11, Stichwort: „Erdbeben“

**Mehr:** [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

Beschäftigungssicherung in der Krise

## Politik muss Job-Paket begleiten

In der Krise hat Beschäftigungssicherung Priorität – nicht nur für die Gewerkschaften und die Unternehmen. Auch die Politik muss einen Beitrag leisten, meint Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall.



Berthold Huber, 60, ist seit 2007 Erster Vorsitzender der IG Metall.

Im vergangenen Jahr ist es besser gelungen, Beschäftigung zu sichern, als wir alle zu hoffen wagten. 2010 wird allerdings wesentlich schwieriger werden. Wir sind wohl **auf dem Boden der Krise angekommen**. Nach dem historisch einmaligen BIP-Minus von fünf Prozent in 2009 wäre es aber leichtfertig, BIP-Prognosen von plus ein bis zwei Prozent als „Aufschwung“ zu bezeichnen.

Für die deutsche Metall- und Elektroindustrie war 2009 das schwierigste Jahr seit dem Zweiten Weltkrieg. Aufträge und Produktion gingen in nie dagewesenem Umfang zurück. Mit den von der IG Metall vorgeschlagenen Maßnahmen wie der Kurzarbeit oder der Umweltpremie für Altautos aber auch mit dem Konjunkturpaketen I und II konnte ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindert werden. Der Arbeitsmarkt blieb im Vergleich mit dem Konjunkturereinbruch stabil. Der oft geschmähte Sozialstaat hat sich als stabiler Anker erwiesen. Das ist eine Erkenntnis aus der Krise, die hoffentlich auch in der Politik ankommt.

Dennoch: **Wir stehen 2010 vor der beschäftigungspolitischen Bewährungsprobe**. Allein in den Branchen der Metall- und Elektroindustrie stehen bis Ende 2012 rund 700 000 Jobs auf dem Spiel, wenn Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht gegensteuern.

Für die IG Metall steht fest, dass die Sicherung der Arbeitsplätze für Unternehmen und Politik nach wie vor oberste Priorität haben muss. Es bleibt bei der Forderung: „Keine Entlassungen in der Krise“. Eine solche Krise lässt sich nicht mit alten Antworten bewältigen. **Wir brauchen neue Rezepte und neue Wege**. Manche mögen uns loben, dass wir Rituale über Bord geworfen haben. Diese Reaktion ist oberflächlich, darum geht es überhaupt nicht. Wir suchen nach tragfähigen Lösungen, die Beschäftigten vor Massenarbeitslosigkeit zu schützen. Die Arbeitgeber haben hoffentlich gelernt: Wer Mitarbeiter vorschnell entlässt, verliert unwiederbringlich Know-how, findet im nächsten Aufschwung kein Fachpersonal und fördert zudem einen massiven Wohlstandsverlust.

**Das entscheidende Instrument** zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit **bleibt die Kurzarbeit**. Sie hat Hunderttausende erfolgreich vor einer drohenden Arbeitslosigkeit bewahrt und wird es auch weiterhin tun. Die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeit beträgt heute 18 Monate. Aber die volle Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit endet schon am 31.12.2010. Diese asynchrone Regelung muss beseitigt werden. Nur wenn die Bezugsdauer von Kurzarbeit und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge synchron laufen, wird dieses Instrument erfolgreich bleiben.

Für den Fall, dass Betriebe an die Grenzen der gesetzlichen Kurzarbeit stoßen, ohne dass sich die Auftragslage nachhaltig verbessert hat, **will die IG Metall zusätzliche tarifliche Modelle zur Beschäftigungssicherung bereitstellen**. Damit können wir für die Beschäftigten, aber auch für die Betriebe, **eine Brücke bis zum Ende der Krise bauen**. Die Lasten hierfür müssen jedoch fair aufgeteilt werden. Deshalb kann es eine Absenkung der tariflichen Arbeitszeit nur mit einem Teillohnausgleich geben. Das ist der Beitrag der Unternehmen zur Lastenverteilung. **Aber ohne öffentliche Unterstützung geht es nicht**. Deshalb muss der Gesetzgeber den Teillohnausgleich befristet beitragsfrei stellen. Denn Arbeitslosigkeit ist für die Bundesagentur für Arbeit um ein Drittel teurer als die Kombination aus gesetzlicher und tariflicher Kurzarbeit à la IG Metall.

Wir erwarten, dass die Politik ein von Arbeitgebern und Gewerkschaften geschnürtes Job-Paket konstruktiv begleitet. **Es geht um Zukunftsinvestitionen und nicht um neue Subventionspolitik!** Letztendlich profitieren alle davon: Die Beschäftigten behalten ihre Arbeitsplätze, die Betriebe verlieren kein Know-how, die sozialen Sicherungssysteme müssen weniger Beitragsausfälle verkraften, und die Politik muss keine Folgen von Massenarbeitslosigkeit bewältigen. Es ist möglich, Entlassungen in der Krise zu verhindern – **wenn man will**. •

## Durchbruch in NRW

Wie Beschäftigungssicherung in der Krise aussehen kann, zeigt die IG Metall mit ihrem Tarifabschluss für die rund 700 000 Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen, auf den sich Arbeitgeber und IG Metall am 18. Februar einigten. Er wurde noch am gleichen Tag von den Tarifparteien in Baden-Württemberg übernommen.

Der Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“ schützt mit einem Paket zur Jobsicherung die Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen, verbessert die Übernahme von Azubis und sieht auch Entgelterhöhungen vor. So soll es für 2010 eine Einmalzahlung von 320 Euro geben, und zum 1. April 2011 steigen die Gehälter um 2,7 Prozent.

Der Tarifvertrag schützt die Beschäftigten in Betrieben, die seit mindestens zwölf Monaten kurzarbeiten, für weitere zwölf Monate mit einer neuen tariflichen Kurzarbeit vor betriebsbedingten Kündigungen.

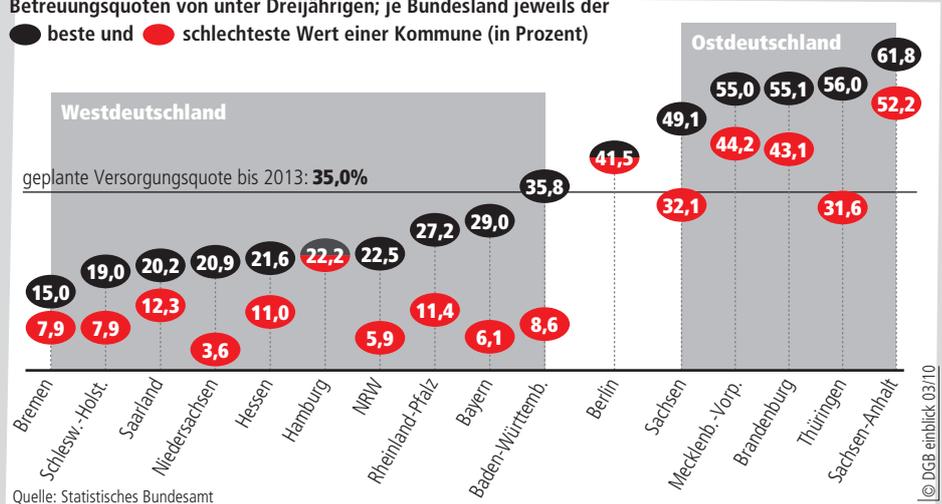
„Mit den gefundenen Instrumenten kann Beschäftigung über die Krise gesichert werden. Es liegt nun an den Unternehmen, diese Instrumente zu nutzen“, urteilt Berthold Huber.

Mehr Informationen:  
[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

### KITAS: Ostdeutschland eine Klasse für sich

**Selbst die ostdeutschen Kommunen, die in ihren Bundesländern Schlusslicht bei der Betreuungsquote von unter Dreijährigen in Kitas sind, schlagen die meisten Bestwerte westdeutscher Bundesländer deutlich. Während es etwa in Niedersachsen Landkreise gibt, in denen nicht einmal jedes 25. Kind unter drei Jahren betreut werden kann (Landkreis Leer), gibt es überall in Ostdeutschland mindestens für jedes dritte Kind einen Kita-Platz. Die Bundesregierung strebt bis 2013 eine Versorgungsquote von 35 Prozent an.**

Betreuungsquoten von unter Dreijährigen; je Bundesland jeweils der beste und schlechteste Wert einer Kommune (in Prozent)



### personalien

••• **Guntram Schneider**, 58, wurde am 6. Februar von der Bezirkskonferenz des DGB NRW mit 87,8 Prozent als Bezirksvorsitzender wiedergewählt. Zur neuen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wurde mit 63,3 Prozent **Dr. Sabine Graf**, 49, bisher Geschäftsführerin der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gewählt.

••• Ebenfalls am 6. Februar wählte die Bezirkskonferenz des DGB West **Dietmar Muscheid**, 52, zum neuen und alten Bezirksvorsitzenden (93,9%). Als stellvertretender Vorsitzender wurde **Eugen Roth**, 52, (99,0%) wiedergewählt.

••• Auf der Bezirkskonferenz des DGB Bayern wurde **Matthias Jena**,

49, bisher Pressesprecher der IG Metall Bayern, am 12. Februar mit 59,6 Prozent zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er setzte sich in der Abstimmung gegen **Dominik Schirmer**, 43, (40,4%) Leiter des ver.di-Fachbereichs „Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen“ in Bayern, durch. Der bisherige Bezirksvorsitzende **Fritz Schösser**, 62, war nicht zur Wiederwahl angetreten. Neue stellvertretende Bezirksvorsitzende wurde **Christiane Berger**, 47, bisher Geschäftsführerin der Technologie- und Innovationsberatungsagentur in Bayern e.V. (99,0%).

••• Die Bezirkskonferenz des DGB Niedersachsen – Bremen – Sach-

sen-Anhalt wählte am 13. Februar **Hartmut Tölle**, 56, mit 81,7 Prozent erneut zum niedersächsischen Landesvorsitzenden und zum DGB-Bezirksvorsitzenden. Als Bezirksvize und Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt wiedergewählt wurde **Udo Gebhardt**, 57, mit 91,6 Prozent.

••• **Uwe Polkaehn**, 54, seit sechs Jahren Vorsitzender der DGB-Region Schleswig-Holstein-Südost, wurde am 13. Februar von der Bezirkskonferenz des DGB Nord zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt (94,6%). Er folgt **Peter Deutschland**, 65, der nicht zur Wiederwahl antrat. Alter und neuer stellvertretender Bezirksvorsitzender wurde **Ingo Schlüter**, 50, mit 85,7 Prozent.

### 14 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

**24.2.** DGB-Region Mittelfranken „Talk im Uhrenturm – Zurück an den Abgrund! Welcher Weg führt aus der Krise?“, Nürnberg

**24./25.2.** Hans-Böckler-Stiftung, 3. Hochschulpolitisches Forum „Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung“, Berlin

**1.3.** Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) und Institut Arbeit und Qualifizierung (IAQ), Workshop „Minijob – eine Beschäftigungsform mit Nebenwirkung“, Duisburg

**2.3.** Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Symposium „IMK-Konjunkturforum – Wirtschaftspolitische Herausforderungen nach der Krise“, Berlin

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Lena Clausen, Haidy Damm, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muettel@berlin.de](mailto:bettina.muettel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

### Schlusspunkt.

**„Die Regelleistungen sowohl des Arbeitslosengeldes II für Erwachsene als auch des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres genügen dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht.“**

Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, bei der Urteilsverkündung zur Berechnung der Hartz-IV-Sätze am 9. Februar 2010

**Ausländische Arbeitnehmer****Kaum Deutsch – Kündigung möglich**

Ist ein Arbeitnehmer nicht in der Lage, in deutscher Sprache abgefasste Arbeitsanweisungen zu lesen, so kann eine ordentliche Kündigung gerechtfertigt sein.

**Der Fall:** Der 1948 in Spanien geborene Arbeitnehmer war seit 1978 als Produktionshelfer beschäftigt. Nach einer vom Arbeitnehmer unterzeichneten Stellenbeschreibung zählte zu den Anforderungen die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Der Arbeitnehmer absolvierte im September 2003 auf Kosten des Arbeitgebers während der Arbeitszeit einen Deutschkurs. Mehrere empfohlene Folgekurse lehnte er ab. In der Folgezeit wurde bei mehreren internen Audits festgestellt, dass der Arbeitnehmer Arbeits- und Prüfanweisungen nicht lesen konnte. Im September 2005 forderte der Arbeitgeber ihn auf, Maßnahmen zur Verbesserung seiner Deutschkenntnisse zu ergreifen, zuletzt verbunden mit dem Hinweis auf eine Kündigung. Nach einem Audit von April 2007 war der Arbeitnehmer weiter nicht in der Lage, die Vorgaben einzuhalten. Daraufhin kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis.

**Das Bundesarbeitsgericht:** Der Arbeitgeber verfolgt ein im Sinne des Gesetzes legitimes, nicht diskriminierendes Ziel, wenn er – z.B. aus Gründen der Qualitätssicherung – schriftliche Arbeitsanweisungen einführt. Die Kündigung verstößt nicht gegen das Verbot mittelbarer Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft. Dem Arbeitgeber war es nicht verwehrt, vom Arbeitnehmer ausreichende Kenntnisse der deutschen Schriftsprache zu verlangen. Der Arbeitgeber hatte ihm ausreichend Gelegenheit zum Spracherwerb gegeben.

*Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 28. Januar 2010 - 2 AZR 764/08*

**Vollzugsbeamtin****Liebe zum Junkie kostet Job**

Eine Strafvollzugsbeamtin, die mit einem drogenabhängigen Strafgefangenen eine Liebesbeziehung eingegangen ist und andere Dienstvergehen begangen hat, ist aus dem Dienst zu entfernen.

**Der Fall:** Die Justizvollzugsoberssekretärin war in einer Justizvollzugsanstalt eingesetzt, als sie eine Liebesbeziehung mit einem drogenabhängigen Strafgefangenen einging, der für einen Drogenentzug auf Widerruf aus der Haft entlassen war. Sie nahm ihn in ihre Wohnung auf, ohne ihren Vorgesetzten Meldung zu machen. Des Weiteren duldete sie, dass der Strafgefangene ihr Fahrzeug ohne Fahrerlaubnis führte und sie begleitete ihn bei einer Fahrt zur Beschaffung von Drogen. Schließlich ging sie trotz Krankschreibung während des laufenden Disziplinarverfahrens einer nicht genehmigten Nebentätigkeit nach.

**Das Oberverwaltungsgericht:** Bereits durch das Eingehen einer Liebesbeziehung mit dem Strafgefangenen, seine Aufnahme in ihre Wohnung sowie das Verschweigen dieser Umstände hat die Beamtin ein schwerwiegendes Dienstvergehen begangen. Dies gilt umso mehr, als sich der Strafgefangene nach dem Abbruch des Drogenentzugs nicht bei ihr hätte aufhalten dürfen. Sie hat sich erpressbar gemacht und ist deswegen zum Sicherheitsrisiko geworden. Eine weitere Dienstpflichtverletzung stellt das Dulden des Fahrens ohne Fahrerlaubnis dar. Darüber hinaus hat sie während des Disziplinarverfahrens eine nicht genehmigte Nebentätigkeit ausgeübt, obwohl sie dienstunfähig war. Wegen der Schwere der Dienstvergehen kann der Dienstherr nicht mehr auf die bestandungsfreie Erfüllung der Dienstpflichten vertrauen.

*Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 11. Januar 2010 - 3 A 11186/09.OVG*

**Betriebsrente****Fehler bei Anpassung schnell rügen**

Wenn der Versorgungsempfänger eine ausdrückliche Anpassungsentscheidung des Arbeitgebers für unrichtig hält, muss er dies vor dem nächsten Anpassungstichtag wenigstens außergerichtlich geltend machen. Mit dem nächsten Anpassungstichtag erlischt der Anspruch auf Korrektur einer früheren Anpassungsentscheidung.

*Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 10. Februar 2009 - 3 AZR 610/07*

**Bestattungskosten****Bei Bedürftigkeit zahlt das Sozialamt**

Eine mittellose Witwe hat trotz leistungsfähiger Verwandtschaft Anspruch auf Übernahme der Kosten für die Bestattung des verstorbenen Ehemanns gegenüber dem Sozialleistungsträger.

*Bundessozialgericht,  
Urteil vom 29. September 2009 - B 8 SO 23/08 R*

**Nachtarbeit****Zuschlag ist zu zahlen**

Nach dem Arbeitszeitgesetz hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bei Fehlen einer tariflichen Regelung für die während der Nachtzeit geleisteten Arbeitsstunden eine angemessene Zahl bezahlter freier Tage oder einen angemessenen Zuschlag auf das ihm zustehende Bruttoarbeitsentgelt zu gewähren. Der angemessene Umfang der zu bezahlenden Freizeit bei einem Auslieferungsfahrer in der Brot- und Backwarenindustrie beträgt 25 v.H. der geleisteten Nachtarbeitsstunden. Auslieferungsfahrer sind nach dem Manteltarifvertrag für die Brot- und Backwarenindustrie für Berlin/Brandenburg nicht von der Zuschlagspflicht für die Nachtarbeit ausgenommen.

*Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,  
Urteil vom 17. September 2009 - 26 Sa 809/09*

**Hartz IV****Kürzung nur bei korrekter Belehrung**

Langzeitarbeitslosen kann das Arbeitslosengeld II wegen Verstoßes gegen die Eingliederungsvereinbarung nur nach konkreter Belehrung über die Rechtsfolgen gekürzt werden. Die Belehrung muss verständlich, richtig und vollständig sein und sich auf den Einzelfall beziehen.

*Sozialgericht Dortmund,  
Beschluss vom 5. Januar 2010 - S 22 AS 369/09 ER*

**Schwerbehindertenvertretung****Wahlvorschläge im Original einreichen**

Wahlvorschläge für die Wahl der Schwerbehindertenvertretung müssen innerhalb der Einreichungsfrist mit der erforderlichen Anzahl von Stützunterschriften im Original beim Wahlvorstand eingehen. Die Einreichung von Telekopien genügt nicht. Der Wahlvorstand muss das Vorliegen der erforderlichen Unterschriften zuverlässig prüfen können. Dies kann er nur, wenn ihm die Originalunterschriften vorliegen. Allerdings müssen sich nicht sämtliche Stützunterschriften auf demselben Blatt befinden.

*Bundesarbeitsgericht,  
Beschluss vom 20. Januar 2010 - 7 ABR 39/08*